



Trumponomics, BREXIT, deutsche Wahlen und die Lage der Europäischen Union | Mit Yanis Varoufakis

Diese Abschrift gibt aufgrund von technischen oder anderen Faktoren den Originaltext möglicherweise nicht wortgenau wieder.

acTVism Munich: Willkommen bei acTVism Munich, ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Westliche Politik erscheint zumindest für gewöhnliche Menschen chaotisch und in einem dysfunktionalen Zustand. Im mächtigsten und reichsten Land, den Vereinigten Staaten von Amerika, verfolgt die Trump-Regierung, wie manche behaupten, eine Wirtschaftspolitik, die lediglich dem einen Prozent zugute kommt. In Großbritannien steht das Urteil für den Brexit noch aus. Werden wir weitere Grenzzäune errichten oder wird in Westeuropa Freiheit herrschen?

Obwohl die Arbeitslosenquote in Deutschland unter sechs Prozent liegt, ist die rechtsextreme nationalistische, fremdenfeindliche Partei, AfD, zur dritt stärksten politischen Kraft geworden. Und doch gelingt es den etablierten Parteien in Deutschland nicht, zu einem Konsens in den eigenen Reihen zu gelangen, geschweige denn eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln, die den Bedürfnissen Deutschlands und Europas gerecht wird. In der europäischen Peripherie ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch, besonders schlimm trifft es die Jugend. In Ländern wie Spanien und Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei rund 40 Prozent. Dies sprengt nicht nur die europäische Idee, sondern trägt auch zu Nationalismus und Separatismus bei.

Heute spreche ich mit Yanis Varoufakis, einem Intellektuellen und Aktivisten, der mit seinem sozioökonomischen, progressiven europaweiten Plan, dem Europäischen New Deal, einen neuen Weg ebnet. Yanis ist auch Mitbegründer der Bewegung Democracy in Europe Movement, ehemaliger Finanzminister Griechenlands, und Autor zahlreicher Bücher. Sein aktuelles trägt den Titel: *Die ganze Geschichte - Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment.*

Yanis, danke dass Sie heute bei uns sind.

Yanis Varoufakis: Ich danke Ihnen für die gute Arbeit, die Sie machen.

acTVism Munich: Bevor wir dieses Interview beginnen, möchte ich unsere Zuschauer darauf hinweisen, dass wir eine Videoreihe mit Yanis über den Europäischen New Deal veröffentlicht haben. Sie können unseren YouTube-Kanal besuchen um die ganze Videoliste anzusehen.

Yanis, beginnen wir mit den Vereinigten Staaten. Die Trump Regierung kündigte kürzlich drastische Steuersenkungen an, und gleich danach gab Apple bekannt, dass sie 350 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten investieren und 20.000 Arbeitsplätze schaffen würden. Selbst deutsche Autohersteller sind begeistert. Wie beurteilen Sie diese Steuersenkungen und welche Auswirkungen werden sie auf die Vereinigten Staaten und Europa haben?

Yanis Varoufakis: Seit den Steuerreformen von Ronald Reagan und George W. Bush ist dies der größte Transfer von Wohlstand und Einkommen von den Besitzlosen zu den Besitzenden. Jedes Mal, wenn die Republikanische Partei in den Vereinigten Staaten das Steuersystem reformiert, kommt es zu einer gigantischen Einkommensverlagerung von den Armen zu den Reichen. Es ist ganz simpel.

Die Zahlen, die Sie gerade zitiert haben, sind erbärmlich. Aber bedenk, sie könnten gar nicht anders sein. Sie haben Apple erwähnt. Apple hatte bereits 265 Milliarden Dollar auf Bankkonten gelagert. Das ist überschüssiges Geld, das in ihren Bankkonten lagert und mit dem nichts geschieht. Sie weigern sich, es zu investieren. Es ist absurd, zu glauben, dass Steuersenkungen, wenn man ihnen weitere 30 Milliarden, 50 Milliarden gibt, dass sie dann mehr investieren werden. Warum sollten sie? Es geht nicht um mangelnde Finanzierung. Sie sitzen auf 260 Milliarden und tun damit nichts. Warum sollten sie die zusätzlichen Mittel, die sie vom Rest der amerikanischen Gesellschaft erhalten würden, investieren, wenn sie es nicht mit dem Geld machen, das sie bereits haben?

Das ist eine allgemeine Auswirkung der großen internationale Finanzkrise 2008, die Wellen und Sub-Krisen geschaffen hat, mit denen wir noch immer zu kämpfen haben. Nach 2008 findet sich der globalisierte, finanzialisierte Kapitalismus in einer Situation wieder, in der wir weltweit, und mehr noch in Europa und den Vereinigten Staaten, das höchste Niveau ungenutzter Ersparnisse in der Geschichte des Kapitalismus haben. Wenn wir zwei Berge von Geld vergleichen, besteht der eine aus Ersparnis, Geld, das dort liegt und ruht. Und der zweite Berg ist Investition. Der Investitionsberg ist der niedrigste, den wir seit Jahrzehnten hatten und der Ersparnisberg ist der höchste seit Jahrzehnten.

Dies verstärkt die Sichtweise, die Wahrheit, wenn man so will, es belegt die Wahrheit, dass der Kapitalismus sich nicht reproduzieren kann. Er schafft keine Investitionen, die dann Einkommen schaffen könnten, die notwendig sind, um die Dinge kaufen zu können, die die Industrie

produzieren kann. Und deshalb investiert die Industrie zu wenig, es gibt einen Mangel an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, und das führt zu Unzufriedenheit und das Ergebnis ist, dass wir in Deutschland die Alternative für Deutschland haben und die Trump-Regierung.

Sie haben erwähnt, dass Deutschland eine niedrigere Arbeitslosenquote hat. Ja, aber gleichzeitig habt ihr eine sehr schlechte Qualität an Arbeitsplätzen, ihr habt sehr, sehr schlecht bezahlte Jobs. Insgesamt ist also der Lohnanteil, wie wir in der Wirtschaft sagen, der Anteil des Einkommens, der an die Arbeiter geht, in Deutschland sehr niedrig, es ist der niedrigste seit der Nachkriegszeit. Und das führt natürlich zu Unzufriedenheit.

Also was die Trump-Regierung effektiv tut, ist das was alle Regierungen unter der sogenannten neoliberalen Ordnung getan haben. Aber natürlich, wie Donald Trump eben ist, treibt er es auf die Spitze. Er macht das gleiche wie alle anderen, mit einer großen Begeisterung, die andere nicht nachahmen können.

acTVism Munich: Was ist also von dem von Trump angekündigten 200-Milliarden-Dollar-Infrastrukturplan zu halten. Er sagte, und ich zitiere, "es ist ein historischer Investitionsplan". Er sagte auch, dass viel Bürokratie abgebaut und dass es eine öffentlich-private Partnerschaft werden würde. Wie beurteilen Sie diesen Infrastrukturplan? Erinnert er an Roosevelts 1930er New Deal?

Yanis Varoufakis: Er ist ein Witz. Er existiert nicht. Er ist eine Erfindung von Donald Trump. Trump wurde auf der Grundlage von zwei Versprechen gewählt, wenn man so will, auf wirtschaftlicher Ebene. Das erste Versprechen gab er den Reichen: Ich werde eure Steuern senken. Und das zweite Versprechen gab er der amerikanischen Gesellschaft, der großen Anzahl an Menschen, vor allem der weißen Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten, die am kämpfen sind und zwar schon seit sehr langer Zeit. Und sie stimmten massenhaft für Trump. Er hat ihnen versprochen, ja ich werde die Steuern der Reichen senken, aber ich werde ein New-Deal-Programm einführen, ein großes Infrastruktur-Investitionsprogramm, von dem ihr profitieren werdet, weil es Jobs für die Arbeiter geben wird, im Brückenbau, Straßenbau, durch die Finanzierung neuer Dämme und grüner Technologien und so weiter.

Er hat sein Versprechen an die Reichen eingehalten. Er hat die Körperschaftsteuer von 35 Prozent auf 21 Prozent gesenkt. Das gibt den Ultra-Reichen in den Vereinigten Staaten großen Anlass zum Feiern. Er blieb seinem Versprechen gegenüber den Reichen treu. Was machte er mit all den Armen und den Arbeitern, die ihn unterstützten? Er hat sie betrogen. Dieses New-Deal-Programm, dieses Infrastrukturprogramm, ist ein kompletter Witz. 200 Milliarden sind ein Hungerlohn, besonders wenn man bedenkt, dass es über 10 Jahre eingeführt wird, also 20 Milliarden pro Jahr. 20 Milliarden sind nicht einmal erwähnenswert, es ist Hühnerfutter. Und der Rest soll aus den Staaten kommen. Aber die Staaten haben kein Geld. Und er hat nicht vor ihnen Geld zu geben.

Um es noch schlimmer zu machen, kürzt er gleichzeitig alles andere. Es ist also keine Nettoeinlage in die Wirtschaft, er wird dieses Geld von Medicare, von Medicaid, von der Grundversicherung sowie von gewöhnlichen Leuten nehmen. Es wird eine Kürzung des Geldes geben, das die Regierung für Umweltsanierungen aufwendet. Der Nettoeffekt ist also Null, er könnte negativ sein. Mit anderen Worten, es gibt keinen New Deal, es gibt kein Infrastrukturprogramm. Donald Trump hat absichtlich, vorsätzlich, strategisch entschieden, sein Versprechen an die Reichen zu honorieren und die Armen zu betrügen.

acTVism Munich: Was also sollten europäische und amerikanische Progressive gegenwärtig tun? Wir wissen, dass die Wahlen im Jahr 2020 stattfinden werden, was sollte man zu diesem Zeitpunkt tun, welchen Problemen sollte man besondere Aufmerksamkeit schenken und um welche Themen herum sollte man sich organisieren und mobilisieren?

Yanis Varoufakis: Nun, zuerst ein Kommentar. Die Europäer haben kein Recht, so selbstgefällig über unsere Situation zu sein, während sie Donald Trump kritisieren und angreifen. Denn Europa war bei der Einführung von Investitionsplänen genauso erbärmlich wie Donald Trump. Denken Sie an die großen Versprechungen von Jean-Claude Juncker, als er zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt wurde, an den Juncker-Plan, die vielen, vielen Milliarden, die in einen Europäischen New Deal, ein Infrastrukturausgaben-Programm, fließen sollten. Nichts dergleichen ist passiert. Das war alles bereits existierendes Geld, Geld, das bereits ausgegeben worden wäre und neu zugewiesen wurde. Und genau wie es Donald Trump tut, wurde gesagt, es sei ein öffentlich-privates Unterfangen, das war der Juncker-Plan. Also, auch wenn wir hier in Europa gerne große Reden schwingen und die Amerikaner kritisieren, weil sie Donald Trump gewählt haben, und auch Donald Trump selbst, haben wir es hier nicht besser. Zwischenbemerkung, Ende!

Was sollten Progressive tun? Wir sollten uns zusammenschließen, wir, europäische und amerikanische Progressive, sollten unsere Kräfte jenseits des Atlantiks vereinen, um ein internationales New-Deal-Projekt einzuführen, wobei sowohl die Vereinigten Staaten als auch Europa, natürlich unter progressiver Führung, einen globalen New Deal, einen internationalen New Deal realisieren, und zwar einen Deal, der zwei Säulen umfasst. Die Investmentbanken, öffentliche Investmentvehikel sowie ein grünes Übergangprojekt. Sie erwähnten FDR, Präsident Roosevelt in den 1930er und 1940er Jahren, er hat eine „works agency“ gegründet. Wir müssen in Europa eine solche Arbeiteragentur schaffen, und die Amerikaner brauchen etwas Ähnliches. Gleichzeitig müssen Investmentbanken die Schuldverschreibungen ausgeben müssen, die notwendig sind, um die überschüssige Liquidität im privaten Finanzsektor aufzusaugen – mit Unterstützung der Federal Reserve in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Zentralbank durch quantitative Lockerung, das heißt, die Zentralbanken kaufen diese Anleihen auf den Sekundär- oder sogar auf den Primärmärkten.

Es ist das einzige, was diese andauernde Krise verhindern kann, die zu Rechtspopulismus und

Rassismus führt. Aber um das zu erreichen, müssen wir natürlich an Macht gewinnen. Donald Trump hat viele Nachteile und bringt unermessliche Not und Risiken in die Welt. Aber er hat gezeigt, dass es möglich ist, gegen die etablierte Ordnung zu gewinnen, um einen radikalen Plan durchzusetzen. Die Tragödie ist, dass sein radikaler Plan menschenverachtend ist.

Was wir als Progressive tun müssen, ist, in Europa und den Vereinigten Staaten zu gewinnen, um auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans einen menschlichen, vernünftigen, grünen New Deal einzuführen.

acTVism Munich: Man könnte auch noch einwenden, dass wir ohne die Betrugsversuche der Demokratischen Partei vielleicht Bernie Sanders bekommen hätten.

Aber legen wir das beiseite, gehen wir zu Großbritannien über. In Deutschland wird, insbesondere durch die Medien, viel über den Brexit gesprochen, jedoch gibt es keine konkreten Erklärungen, so dass dieses Thema für viele Leute undurchsichtig bleibt. Können Sie den Hintergrund zu den Brexit-Verhandlungen darlegen und erläutern ob Sie der Meinung sind, dass ein zweites Referendum stattfinden sollte?

Yanis Varoufakis: Nun, um die Karten auf den Tisch zu legen, DiEM25, und ich persönlich, haben uns gegen Brexit eingesetzt. Wir sind also überzeugte Anti-Brexiter. Warum? Nicht weil wir denken, dass die Europäische Union aus Rosen und guten Mechanismen und Institutionen besteht, nein. Wir denken, dass die Europäische Union eine Demokratie-freie Zone ist, die wir konfrontieren, aber nicht zerschlagen, müssen. Wir sind verpflichtet, innerhalb dieser Europäischen Union gegen diese Europäische Union zu sein. Das ist unsere Ansicht, und ich sage es, um sicherzustellen, dass unser Publikum, unsere Zuschauer, die Grundlage, die Annahmen oder die Vorurteile kennen, mit denen ich Ihre Frage beantworte.

Nachdem ich das geklärt habe, kann ich zu meiner Antwort übergehen. Die Tragödie mit diesen Brexit-Verhandlungen ist, dass eine Londoner Regierung und das Brüsseler Establishment verhandeln, wobei sich keiner von ihnen um die Interessen des britischen Volkes und der Menschen in Europa schert. Die Londoner Regierung interessiert sich nur für das Überleben, das politische Überleben des britischen Kabinetts. Die britische Premierministerin ist extrem geschwächt, sie führt den Vorsitz über eine Regierung, der die Mehrheit im Parlament fehlt, eine absolute Mehrheit im Parlament. Jedes einzelne Mitglied des Kabinetts will ihr den Dolchstoß verpassen. Doch sie zögern, weil sie wollen, dass sie zuerst einen schlechten Brexit-Deal liefert, für den sie verurteilt werden kann, damit sie dann nach Möglichkeit ihre Position beziehen können. Nicht gerade eine Regierung, die das Interesse der Menschen in Großbritannien verfolgt.

Auf der anderen Seite hat man in Brüssel ein Establishment der Europäischen Union, für das ein für beide Seiten vorteilhaftes Abkommen, das Brexit-Abkommen mit Großbritannien, ein Albtraum ist, weil sie an einem solchen für beide Seiten vorteilhaften Abkommen nicht

interessiert sind. Ein solches Abkommen würde anderen Mitgliedsstaaten in Europa signalisieren, dass sie Brüssel die Stirn bieten, mit einem Austritt aus der Europäischen Union drohen können und dann noch mit einem vernünftigen Deal davon kommen. Das einzige, was sie wollen, ist zu zeigen, dass jeder, der sich dafür entscheidet, aus der Europäischen Union auszusteigen, einen schlechten Deal bekommt, auch wenn die Europäer für diesen schlechten Deal einen hohen Preis zahlen.

Um es ganz offen zu sagen, die Verhandlungen, die jetzt zwischen Großbritannien und Brüssel stattfinden, sind zum Scheitern verurteilt. Sie wurden entworfen um ein schreckliches Ergebnis für die Menschen in Großbritannien und in Europa zu liefern. Deshalb war unsere Position als DiEM25 seit dem Tag nach dem Referendum, dass es solche Verhandlungen nicht geben sollte. Diese Verhandlungen müssen gestoppt werden, denn was immer sie auch liefern, wird der Zukunft Europas und Großbritanniens schaden.

Wie stoppt man diese Verhandlungen? Es gibt zwei Möglichkeiten, sie zu stoppen. Eine ist ein harter, drastischer Brexit, bei dem Großbritannien ohne Deal aussteigt. Das wäre für alle katastrophal. Es gibt jedoch eine zweite Möglichkeit: Dass Großbritannien mit der Europäischen Union eine Beziehung nach norwegischem Vorbild führt, in der es für einen Zeitraum von beispielsweise fünf Jahren, mit der Option zu verlängern, innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, dem Binnenmarkt, bleibt. Dann erhält es sofort wieder seine Souveränität in der Fischerei und in der Landwirtschaft. Es befände sich außerhalb der Europäischen Kommission, außerhalb des Europäischen Parlaments, hätte also das Mandat für den Brexit erfüllt, Großbritannien wäre nicht mehr EU-Mitglied. Gleichzeitig, wenn wir ehrlich sind, hat das Referendum vom Juni 2016 nicht genau spezifiziert, um welche Art von Brexit es sich handelt, es kam lediglich heraus, dass das britische Volk, wenn auch knapp, für den Brexit gestimmt hat. Diese kleine Übergangsphase wird dem Unterhaus auch Gelegenheit geben, in Ruhe darüber zu diskutieren, welche Art von künftigen Vereinbarungen das Vereinigte Königreich mit der Europäischen Union treffen sollte. Es kommt nicht zu einer Unterbrechung, es läuft für Unternehmen und Bürger sowohl in Großbritannien als auch in der Europäischen Union erst einmal so weiter wie bisher, und letztlich ist dies die einzig vernünftige Vorgehensweise. Die einzig sinnvolle Übergangszeit, die wir brauchen.

Sie haben mich nach einem zweiten Referendum gefragt. Ich denke, dass ein zweites Referendum, mit dem versucht werden soll, das erste Referendum zu annullieren, furchtbar wäre. Es wäre furchtbar, weil es denjenigen, die für den Brexit gestimmt haben, signalisieren würde, dass ihre Ansichten nicht ernst genommen werden. Seien wir ehrlich: Hätte das Referendum als Ergebnis den Verbleib gehabt, gäbe es kein zweites Referendum, es gäbe nicht einmal eine Diskussion über ein zweites Referendum. Es ist so, als würde man den Brexiteers, denjenigen, die für den Brexit gestimmt haben, sagen, dass sie Bürger zweiter Klasse sind, nach dem Motto: „Wenn ihr gewinnt, fordern wir das britische Volk auf, so lange an die Wahlurnen zurückzukehren, bis das richtige Ergebnis herauskommt.“

Nun, obwohl ich ein Gegner des Brexit bin, ein radikaler Gegner, aber trotzdem ein Gegner, denke ich, dass ich als Demokrat ein zweites Referendum nicht gutheißen kann. Der Brexit muss stattfinden, aber ich denke, dass das Abkommen nach dem norwegischen Vorbild die Kontinuität und den gegenseitigen Nutzen bringen würde, die sowohl für Großbritannien als auch für die Europäische Union notwendig sind. Persönlich wünsche ich mir ein zweites Referendum 2024/2025, nicht um das erste Referendum zu kippen, denn der Brexit muss stattfinden, nein, sondern um eine Kampagne zu führen, die versucht, das britische Volk davon zu überzeugen, irgendwann in der Zukunft wieder in eine reformierte, fortschrittliche und demokratisierte EU einzutreten. Aber das ist etwas für die Zukunft.

acTVism Munich: Blicken wir nach Deutschland. Bevor wir jedoch über die jüngsten politischen Ereignisse sprechen, möchte ich auf Martin Schulz eingehen, den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments. Seit dem letzten Jahr hat es einen großen Hype um Martin Schulz gegeben und einige deutsche Medien haben vergessen, seine Rolle in der Europäischen Union zu erwähnen. Können Sie über seine Rolle als Präsident des Europäischen Parlaments und seine Haltung gegenüber europäischen Ländern wie Griechenland sprechen?

Yanis Varoufakis: Nun, ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass Martin Schulz, wie so mancher Sozialdemokrat aus Deutschland, wohlwollend über Griechenland gesprochen hat, aber als es ernst wurde, als uns die Troika das Messer in den Rücken drückte, da ging Martin Schulz ganz konform mit der Troika. Ich denke, dass die Menschen in Europa das wissen, dass die Menschen in Deutschland das verstehen.

Darüber hinaus präsentiert sich Schulz aber auch gerne als großer Europäer und die Stimme, die Pro-EU-Stimme in Deutschland, in der deutschen Politik. Nun, nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Das ist alles nur Propaganda, es geht nur ums Image. Es geht nicht um die Realität, es geht nicht um die Substanz. Ich möchte Sie an Emmanuel Macrons Vorschläge für eine Föderation light, wie ich sie nenne, erinnern, eine kleine Föderation für die Eurozone.

Worum ging es dabei? Der Vorschlag war übrigens meiner Meinung nach zu lauwarm, zu klein und zu spät. Dennoch hat er seinen Vorschlag für einen gemeinsamen Haushalt in der Eurozone und für einen gemeinsamen Finanzminister vorgelegt, der den Haushalt verwalten sollte. Sofort waren die Christdemokraten in Deutschland dagegen, Wolfgang Schäuble sagte: Nein, wir haben den europäischen Stabilitätsmechanismus, wir können uns an den Europäischen Währungsfonds wenden und damit Länder, die Kredite aus diesem gemeinsamen Fonds aufnehmen, quasi unter ein ähnliches Kolonialregime fallen lassen wie Griechenland, als Griechenland sich im Rahmen des so genannten Bailouts von Europa Geld lieh.

Der Vorschlag stieß also auf völlige Ablehnung seitens der Christdemokraten, was zu erwarten war. Was hat Martin Schulz gesagt? Genau das gleiche. Er lehnte es ab, Emmanuel Macrons Idee des gemeinsamen Haushalts zu unterstützen, und er selbst sprach sich für einen europäischen Währungsfonds aus. Das Problem mit Sozialdemokraten, deutschen Sozialdemokraten, SPD,

etablierten Politikern, besteht darin, dass sie sich gerne pro-europäisch präsentieren, aber wenn sie sich dann tatsächlich positionieren und eine Entscheidung treffen müssen, immer nach der Pfeife des Haushaltschefs tanzen, Wolfgang Schäuble, so wie die Christdemokraten. Deshalb fallen jetzt ihre Umfragewerte, und schon bald werden sie unter der Alternative für Deutschland liegen.

acTVism Munich: SPD und CDU haben vor Kurzem eine Vereinbarung getroffen, der allerdings noch am 4. Mai durch ihre Mitglieder zugestimmt werden muss, soweit ich weiß. Laut dem Koalitionsvertrag soll die SPD eine Reihe von Ministerien bekommen, darunter auch die wichtigen Posten im Außen- und Finanzministerium. Sehen Sie darin ein Wiederaufleben der SPD?

Yanis Varoufakis: Ich betrachte das als das Waterloo der SPD, den Grund, warum die SPD die Gunst der deutschen Arbeiterklasse verliert. Der Grund dafür, dass die deutschen Arbeiter und die deutschen Progressiven der SPD den Rücken kehren, ist, dass die SPD sich fortdauernd, kontinuierlich, selbst entfremdet und sich von der rückschrittlichen Denkweise und Politik der Christdemokraten vereinnahmen lässt. Indem die SPD eine Vereinbarung trifft, die ihr den Zugang zu Ministerien und Limousinen aufrechterhält, und im Gegenzug diese antieuropäische Auflösungsmentalität der Christdemokraten weiterhin duldet, im Austausch für ein paar Kleinigkeiten auf der innenpolitischen Bühne, steuert sie auf das tragische Ende des sozialdemokratischen Projekts zu, wie wir es schon anderswo erlebt haben. In Frankreich zum Beispiel hatten sich die Sozialisten, die Sozialdemokraten, aufgelöst. In meinem Land, wo, naja, alles Schlechte beginnt ja hier in Griechenland, ist die sozialistische Partei von 44 Prozent der Stimmen auf vier Prozent der Stimmen gefallen, nachdem sie vom Geist der Troika vereinnahmt wurde, wenn Sie so wollen, der jetzt auch in Ländern wie Deutschland vorherrscht. Ich sagte Sigmar Gabriel in einem unserer Meetings, „wenn du so weitermachst, wird dich das Schicksal von PASOK ereilen“. Kein Wunder, dass er mich nicht besonders mag. Aber ich denke, dass der Lauf der Geschichte dies bestätigen wird.

acTVism Munich: Blicken wir nun nach Spanien, genauer gesagt nach Katalonien. Können Sie etwas zu der festgefahrenen Situation dort sagen, und, da Sie als Finanzminister Griechenlands einen Plan B für ein digitalisiertes Bankensystem mit Steuerkennzeichen entwickelt haben, ist es möglich, dass sich Katalonien spaltet ohne dass ihnen die Liquidität ausgeht, denn ich glaube, dass die Europäische Union diesen Schritt nicht zulassen wird.

Yanis Varoufakis: Nun, wir sollten uns in Bezug auf dieses Thema entspannen. Versuchen wir die brisanten politischen Debatten um Katalonien und Spanien zu entschärfen. Die Tragödie des vergangenen Jahres in Katalonien und in Spanien war der Zusammenbruch einer ernsthaften Debatte, eines ernsthaften Dialogs zwischen konkurrierenden Ansichten zum Thema Katalonien. Jedes Mal, wenn unsere Demokratien die Fähigkeit verlieren, ein Forum für einen vernünftigen Dialog zu schaffen, leiden wir alle darunter. Die Ereignisse des letzten Herbstes mit den Szenen in Wahllokalen in Katalonien, wo die Bürgerwachen und die spanische Guardia Civil die Wähler

verprügelten, die Tatsache, dass wir immer noch Politiker haben, die wegen ihres politischen Glaubens und ihrer Kampagnen im Gefängnis sitzen, in einem europäischen Land wie Spanien, ist beklagenswert.

Das sind beklagenswerte Taten. Und wenn Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, sagt, dies sei ein rein spanisches Problem, dann ist das der Moment, in dem man sich ernsthaft Sorgen machen muss. Denn welche Botschaft sendet das an liberale Demokraten in ganz Europa, in Ungarn, in Polen, in diversen Ländern, in Österreich, die ultrarechte Regierungen haben, die schon den nächsten Schritt in Richtung des Abbaus von Bürgerfreiheiten, Bürgerrechten und Rechtsstaatlichkeit planen. Es sendet eine sehr schlechte Nachricht.

Daher verfolgen wir als DiEM 25 eine europäische, eine gesamteuropäische Agenda für Katalonien und andere Teile der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die es in Betracht ziehen könnten, sich von ihrem Nationalstaat zu trennen. Wir denken, dass es Regeln geben muss, nach denen wir als Europäer beschließen, dass einer bestimmten Region das Recht zugestanden wird, ein bindendes Austritts-Referendum abzuhalten. Alle Fragen im Zusammenhang mit dem Währungssystem, der Währung, der Besteuerung usw. müssen in diesen europäischen demokratischen Prozess eingebettet sein. Was Sie angesprochen haben, eine potentielle digitale Währung für ein Land wie Katalonien, wenn es ein separates Land wird, das sind alles Notfallmaßnahmen, die umgesetzt werden müssen, wenn die Rechtsstaatlichkeit zusammenbricht und wir das Problem nicht europäisieren und eine Europäische Lösung dafür finden.

acTVism Munich: Sprechen wir über Griechenland. Im vergangenen Jahr wurde viel über eine wirtschaftliche Erholung gesprochen. So wie damals, bevor Sie 2015 an die Macht kamen, wird von der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Griechenlands gesprochen. Auf Geheiß der Gläubiger wurde kürzlich ein neues Gesetz verabschiedet, welches das Streikrecht von Arbeitern einschränkt, was eine Protestwelle auslöste. Können Sie über diese widersprüchliche Situation sprechen? Auf der einen Seite gibt es Erholung, auf der anderen Seite protestieren die Menschen gegen ein neues Gesetz?

Yanis Varoufakis: Es gibt keine widersprüchliche Situation, es gibt keine Erholung und es ist nicht einmal mehr so, dass wir demonstrieren, denn es gibt in Griechenland nicht mehr viele Demonstrationen. Die Leute sind so deprimiert. Und sehen Sie, Depression hat zwei Bedeutungen, eine ist die wirtschaftliche Depression und die andere ist eine psychische Depression. Und nun haben wir beides, wie eine dunkle Wolke, die über unseren Städten und unserer Landschaft hängt.

Die Geschichte, von der man so viel hört, dass sich Griechenland inzwischen erholt hat, macht das ganze nur noch schlimmer. Wir fallen nicht nur weiter in das schwarze Loch unserer Schulden-Deflation, unserer Krise. Wir haben auch noch die Oligarchie hier in Griechenland, die Medien, die sie kontrollieren, sowie die Oligarchie und die Medien außerhalb Griechenlands, die

das Ende der griechischen Krise feiern. Es ist reines Wunschdenken, es ist reine Propaganda. Um Tacitus zu zitieren: Sie haben eine Wüste geschaffen und sie Frieden genannt. Lassen Sie mich Ihnen ein sehr einfaches Beispiel geben. Die Leute sagen, aber schauen Sie, Yanis, oder Zain, die Beschäftigungsquote ist deutlich von 27 auf 20 Prozent gesunken - 20 Prozent sind immer noch eine lächerliche Zahl, aber trotzdem - ja, sie ist gesunken. Aber warum ist sie gesunken? Weil Leute das Land verlassen haben. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen haben das Land verlassen. Ist das ein Grund zu feiern oder deprimiert zu sein? Ich denke Letzteres.

Und außerdem verlieren wir weiterhin Vollzeitjobs, die durch mehr Teilzeitarbeit für 300 Euro im Monat ersetzt werden. 300 Euro pro Monat. In einem Land, in dem die gleichen Preise herrschen wie in Deutschland, wenn nicht höher. Wenn Sie also zwei Teilzeitbeschäftigte haben, die monatlich 300 Euro erhalten und einen Vollzeit-Arbeiter ersetzen, gilt dies als Beschäftigungszuwachs, obwohl das nicht der Fall ist. Es ist ein enormer Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden und natürlich ein erheblicher Rückgang des gesamten Arbeitseinkommens in diesem Land.

Es gibt also keine Erholung. Wir haben das gleiche, alte Lied: das Establishment war autoritär und inkompetent, sie haben die Krise verschlimmert, aber sie entschieden, wir werden es als Erfolg bezeichnen und wir werden die eiserne Kraft der Medien nutzen, um allen anderen diese Sichtweise aufzudrängen.

acTVism Munich: Yanis Varoufakis, ehemaliger Finanzminister Griechenlands und Mitbegründer von Democracy in Europe Movement, vielen Dank für dieses Gespräch.

Yanis Varoufakis: Danke Zain.

acTVism Munich: Vergessen Sie nicht, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren, indem Sie auf eines der Logos klicken, die auf dem Bildschirm erscheinen. Und denken Sie bitte auch daran zu spenden, damit wir weiterhin unabhängige Nachrichten und Analysen für Sie bereitstellen können.

Ich bin Ihr Moderator Zain Raza, danke, dass Sie zugeschaut haben.

ENDE